



## Pressemitteilung vom 25.01.2012

### **Bürgerbüro in Bad Bodenteich: JA - natürlich! Standpunkte der SPD/Dr. Hintze Gruppe in der Samtgemeinde Aue**

Derzeit läuft in der Samtgemeinde Aue eine Diskussion um die Nutzung und Sanierung des ehemaligen Rathauses in Bad Bodenteich.

Augenscheinlich werden dabei Informationen transportiert, die leider nicht der Realität entsprechen. Wir halten es daher für erforderlich, den Standpunkt der SPD/Dr.Hintze Gruppe im Samtgemeinderat noch einmal verbindlich darzustellen.

Die SPD/Dr. Hintze Gruppe steht zu der im Rahmen des Zukunftsvertrages geschlossenen Vereinbarung, dass in Bad Bodenteich ein Bürgerbüro zur Erbringung bürgernaher Dienstleitungen unterhalten werden soll.

Dieses Bürgerbüro muss aber nach unserer Auffassung nicht zwingend im ehemaligen Rathaus untergebracht werden.

Dies gilt vor allem, wenn wie in diesem Fall mindestens zwei attraktive und vor allem auch kostengünstigere Alternativen zur Verfügung stehen.

So würde mit einer Unterbringung des Bürgerbüros in der Burg das Burg- Ensemble belebt und als zentraler örtlicher Bezugspunkt gestärkt. Eine Unterbringung im Bereich der Polizeistation, wie vom Samtgemeindebürgermeister angeregt, würde ebenfalls zu einer Zentralisierung bürgernaher Dienstleistungen führen und wäre daher für jedermann vorteilhaft und übrigens auch behindertengerecht ausgestattet. In beiden Fällen wären die Mitarbeiterinnen sozial angebunden, was unter dem Gesichtspunkt der Fürsorge nach unserer Auffassung nicht vergessen werden sollte.

Zur Auslagerung eines Fachbereichs und des Archivs ins ehemalige Rathaus hat der Samtgemeindebürgermeister selbst schon erklärt, dass diese Lösung in keiner Weise für den Betrieb einer effektiven Verwaltung geeignet ist und darüber hinaus unnötige Kosten verursacht. Daher sollten sich die politischen Gremien nach unserer Auffassung nicht der fachlichen Meinung des Verwaltungschefs entgegen stellen und eine Zusammenfassung aller Fachbereiche im Rathaus in Wrestedt ermöglichen.

Mit Rücksicht auf die noch notwendigen Prüfungs- und Entscheidungsprozesse haben wir einer Übergangslösung bis Ende 2013 zugestimmt. Bis dahin müssen die notwendigen Entscheidungen vor dem Hintergrund der Verpflichtungen aus dem Zukunftsvertrag sachgerecht getroffen und umgesetzt werden.

Die SPD steht zu ihren Aussagen im Wahlkampf. Ein „Weiter so mit frischem Geld“ wird es mit uns nicht geben und finanzielle Investitionen für Prestigeprojekte lehnen wir ab.

Am Beispiel des ehemaligen Rathauses in Bad Bodenteich wird sich nun erstmalig und wohl auch sehr deutlich zeigen, wer es mit dem Sparen und mit der Erfüllung des Zukunftsvertrages ernst meint. Wir jedenfalls haben dazu im Wahlkampf nicht wider besseres Wissens falsche Versprechungen gemacht.

Andreas Dobslaw  
Gruppensprecher